WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 09.06.2015 | Nikolas Scherer

Versicherung gegen Klimawandel

Man kann Finanzmärkte verteufeln – aber auch versuchen, sie für soziale Zwecke einzuspannen.

Eine der neusten Ideen im Kampf gegen die durch den Klimawandel zunehmende Anzahl von Naturkatastrophen wie Hurrikane, Überschwemmungen und Dürren sind „Klimarisikoversicherungen". Staaten versichern sich dabei bei einer von ihnen selbst gegründeten privat-öffentlichen Versicherungsgesellschaft gegen die finanziellen Kosten von Naturkatastrophen.

Ähnlich einer normalen Versicherung zahlen Staaten einer Region eine jährliche Prämie an einen gemeinsamen Topf und erhalten dafür im Katastrophenfall eine vorher festgelegte Auszahlungssumme von dieser Versicherungsgesellschaft. Im Gegensatz zu einer normalen Versicherung gibt es jedoch keinen, der die tatsächlichen Kosten der Katastrophe vor Ort begutachtet und beziffert. Stattdessen werden die Kosten mit Hilfe von Wetterdaten am Computer hochgerechnet. Zu einer Auszahlung kommt es, wenn ein gewisser Schwellenwert – zum Beispiel eine gewisse Windgeschwindigkeit – überschritten wird. Vereinfacht gesagt: Messen mehrere, vorher festgelegte Wetterstationen beispielsweise in Jamaika eine Windgeschwindigkeit von mehr als 180 km/h, bekommt das Land zeitnah und ganz unbürokratisch eine vorher festgelegte Auszahlungssumme von der Versicherungsgesellschaft – unabhängig davon, wie groß der Schaden nun tatsächlich war, oder ob es überhaupt einen Schaden gab.

Selbstverständlich kann es sich bei der Auszahlungssumme auch um größere Beträge handeln. Dies gilt etwa dann, wenn ein „Jahrhundertsturm" über die Karibik hinwegfegt und auf mehrere Karibikstaaten trifft. Um für eine solche regionale Megakatastrophe entsprechende Auszahlungssummen aufbringen zu können, haben die Versicherungsgesellschaften eine Rückversicherung abgeschlossen und komplexe Finanzmarktprodukte ausgegeben. Finanzinvestoren können diese Produkte, sogenannte Katastrophenanleihen und Wetterderivate, kaufen und damit auf zukünftige regionale Megakatastrophen bzw. deren nicht-Eintreten wetten. Im Katastrophenfall finanzieren sie die Ausgaben, im Ausleiben kriegen sie eine lukrative Dividende. Die

Finanzmärkte fungieren in diesen komplexen Arrangements demnach als *lender of last resort*.

Musterbeispiele in Afrika und der Karibik

Die Bundesregierung will Klimarisikoversicherungen zu einem Thema des bevorstehenden G7-Gipfels im bayerischen Elmau machen und deren technische Fortentwicklung unterstützen. Mit der Caribbean Catastrophe Risk Insurance Facility (CCRIF) und der African Risk Capacity (ARC) gibt es bisher zwei Musterbeispiele. Die CCRIF gibt es seit 2007, sie bietet den Karibikstaaten einen Versicherungsschutz gegen Hurricanes, Überschwemmungen und Erdbeben an. Die ARC wurde 2014 gegründet und versichert die afrikanischen Staaten gegen Dürre. Sie schätzt die niederschlagsbedingten Ernteausfälle und errechnet die Kosten für ein staatliches Interventionsprogramm, um die ärmsten der Bevölkerung, zumeist Kleinbauern, mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Wird ein bestimmter Kostenpunkt erreicht, kommt es zur Auszahlung. Die CCRIF hat bereits 12 Auszahlungen gemacht, auch die ARC hat dieses Jahr an drei Staaten ausgezahlt. Beide Arrangements scheinen also zu funktionieren. Ein fader Beigeschmack bleibt dennoch – sei es auch nur, weil das alles so komplex ist und futurisch klingt.

Ein fader Beigeschmack bleibt dennoch – sei es auch nur, weil das alles so komplex ist und futurisch klingt.

Es wäre zu einfach, Klimarisikoversicherungen sofort als neues Spekulationsobjekt von Finanzmarktinvestoren moralisch zu verurteilen – obwohl sie dies durchaus sind. Die „Finanzialisierung“ der Katastrophenhilfe, bei der die Finanzierung der Katastrophenhilfe dem scheinbar freien Spiel von Angebot und Nachfrage im Finanzmarktsektor unterworfen wird, erscheint in Zeiten eines aus den Fugen geratenen Finanzmarktsystems nicht wünschenswert, genauso wenig wie die zweifelhafte Herausbildung eines grünen „Klimakapitalismus“. Die pragmatische Chance einer Klimarisikoversicherung jedoch liegt darin, dass sie Staaten des globalen Südens ermöglicht, an dringend benötigtes Kapital zu gelangen, um entsprechende Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen möglichst schnell

einzuleiten.

Nach aktuellen Schätzungen sind in Entwicklungs- und Schwellenländern bisher nur etwa 100 Millionen arme Menschen gegen klimabedingte Risiken versichert. Mit anderen Worten: Es gibt keinen funktionierenden privaten Versicherungsmarkt. Die Kosten für Hilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen werden also, wenn überhaupt, zumeist vom Staat getragen und nicht vom privaten und global weitverzweigten Versicherungssektor. Die Bevölkerungen in Entwicklungs- und Schwellenländern sind also – viel mehr als hierzulande – von staatlichen Unterstützungsleistungen abhängig.

Die karibischen oder afrikanischen Staaten haben jedoch meistens keinen finanziellen Spielraum, um diese unterstützenden Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen aus eigener Tasche zu finanzieren. Sie sind selbst in erster Linie auf externe Hilfsgelder und damit auf das Wohlwollen anderer angewiesen. Kommen diese Hilfsgelder nicht oder zu spät an – wie meistens der Fall – verzögert sich der Wiederaufbau. Dies hat langfristige ökonomische Konsequenzen und geht mit weitreichenden Wohlstandsverlusten einher: Wenn ich beispielsweise als Betreiber einer Schuhfabrik mein Geschäft nicht ordentlich ausüben kann, da mir die Gelder für die Reparatur meines Daches fehlen, sowie Straßen und Häfen nicht in Stand gesetzt sind, um meine Waren zu transportieren und an den Konsumenten zu bringen, habe ich weniger Einkommen und kann die Familie weniger finanzieren. Zugleich nimmt auch der Staat weniger Steuern ein und kann weniger staatliche Leistungen anbieten: Ein Teufelskreis. Bilaterale Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen sind zudem oft zweckgebunden und erlauben den Empfängern der Hilfsgelder keine flexible Umschichtung, obwohl dies die Situation durchaus erfordern würde.

Geteilte Verantwortung

Ferner haben die karibischen oder afrikanischen Staaten aufgrund ihrer extremen Verschuldung keine Möglichkeit, sich Geld am Kapitalmarkt zu leihen. Die Zinsen sind schlichtweg nicht bezahlbar. Ein Schuldenerlass würde dem zwar möglicherweise entgegenwirken, aber auch hier haben sich die G7 und die internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank bisher starr gezeigt. Angesichts des Mangels an Handlungsoptionen erscheint eine Klimarisikoversicherung da durchaus als bestes und probates Mittel.

Problematisch ist jedoch, dass die Staaten, die eine Klimarisikoversicherung abgeschlossen haben, die Kosten für die Versicherungsprämien zumeist selbst tragen. Somit sind die Staaten, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich und zugleich am meisten betroffen sind, nun auch noch die Kostenträger. Dies hat wenig mit Klimagerechtigkeit zu tun und bedarf einer Korrektur.

Die Industriestaaten sollten sich daher durchaus am Aufbau dieser Klimaversicherungen in Form einer Kostenübernahme beteiligen – und so einen Teil ihrer Verantwortung für den Klimawandel tragen. Die Initiative der Bundesregierung, gemeinsam mit anderen G7-Staaten mehr Gelder für den Aufbau solcher Versicherungsmodelle bereit zu stellen, ist daher richtig. Finanzmärkte kann und darf man zurecht verteufeln. Man kann aber auch versuchen, sie für soziale Zwecke einzuspannen. Revolutionär ist das nicht, es ist klassische sozialdemokratische Politik. Alternativ kann, darf und sollte man durchaus die Vergabe von Hilfsgeldern überarbeiten. Hier besteht klarer Reformbedarf.



Nikolas Scherer
Berlin

Nikolas Scherer ist Projektmanager beim Berliner think tank adelphi und beschäftigt sich mit Fragen der Klimaanpassung und –finanzierung. Der Politikwissenschaftler wurde an der Hertie School of Governance promoviert und schrieb seine Dissertation zum Thema Klimarisikoversicherungen.

10 LESERBRIEFE

Zweifler schrieb am 09.06.2015

Das ist zu kurz gedacht! Mit dieser Versicherung, egal wer sie bezahlt, ändert man das Klima nicht und vermeidet keine Katastrophen. Und auf der Auszahlungsseite dürfte wie bei allen übrigen Leistungen im Katastrophenfall bei den originär geschädigten Kleinbauern nur ein Bruchteil der Gelder ankommen. Gerade ein pauschaliertes Sytem, dass allgemein auf der Empfängerebene die Staaten und deren Regierungen als Betroffene sieht, wird die Kleinbauern noch stärker in Abhängigkeiten bringen. Wir werden dem Gedanken nähertreten müssen, dass es gezielter und lokaler Hilfe in großem Umfang aus den G7 Staaten in Zukunft bedarf und auch echter Kontrollen über die Verwendung im Einzelfall!

Nikolas Scherer schrieb am 09.06.2015

@ Zweifler: Vielen Dank für Ihren Kommentar. Das ist richtig, mit der Versicherung ändert man bestimmt das Klima nicht. Hier geht es im besten Fall bereits um die Adaption an Klimaveränderungen. Ob auf der Auszahlungsseite nur ein Bruchteil der Gelder beim geschädigten Kleinbauern ankommen, wird man sehen müssen. Zumindest die ARC versucht das mit

verschiedenen Kontrollmechanismen zu verhindern. Da sich der Mechanismus im ersten Jahr befindet gibt es hierzu bisher keine Studien. Auch würde ich Ihnen zustimmen, dass gezielter und lokaler Hilfe im großen Umfang bedarf. Aber das schließt ja einen Versicherungsmechanismus nicht aus. Eine Allerweltslösung ist eine Versicherung bestimmt nicht. Ob hingegen Kontrollen immer so zweckmäßig, daran habe ich meine Zweifel. Gerade weil der globalen Norden die Verwendung von sogenannten Entwicklungsgeldern oder Hilfsgeldern kontrollieren will, kommt es ja oft zu solch absurden Situationen, dass Gelder nicht dort hinfließen können, wo sie gerade am dringesten gebraucht werden. Wenn man sich nicht den Vorwurf des Paternalismus einhandeln will und 'local ownership' tatsächlich ermöglichen will, muss man man ein bisschen Vertrauen haben - und dabei auch das Risiko eingehen, dass Gelder eben nicht dort ankommt, wo es eigentlich ankommen sollte.

Volker Seitz schrieb am 11.06.2015

@ Scherer: Zur Auszahlung der Versicherung. Auf der Empfängerseite muss sichergestellt sein, dass kompetente

Institutionen existieren. Das betrifft nicht nur technische Ministerien und nachgeordnete Behörden, sondern auch nationale Kontrollinstanzen, die dafür sorgen müssen, dass Mittel vereinbarungsgemäß ausgezahlt werden. Ist das nicht der Fall, ist das in Afrika Korruptionsförderung auf direktem Wege. Das Vertrauen in die "African Ownership" sollte sich auf Länder wie Botswana, Ruanda, Mauritius, Seychellen, Kap Verde und Namibia beschränken.In diesen Ländern gibt es zupackende Regierungen, die das System wirklich reformieren wollen. Wenn man in den anderen Ländern die Leute in Afrika zum Lachen bringen will, muss man nur von "African Ownership" sprechen.Ja, Ownership gebe es schon, aber vorrangig "private" und weniger "African". Die von mir in 17 Jahren in Afrika beobachtete praktizierte "Ownership" erinnert an den berühmten Satz von Georg Christoph Lichtenberg von einem "Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt".
Volker Seitz, Bonner-Aufruf.eu

Pjotr Lambertowitsch schrieb am 27.06.2015

Es gibt Gebiete auf dieser Welt, welche -mit oder ohne Klimawandel- schon immer anfällig für bestimmte

Wetterphänomene waren und sind (z.B. Wirbelstürme, Hochwasser). Selbst in vorindustrieller Zeit dürfte eine hohe statistische Variabilität bezüglich der Häufigkeit und der Heftigkeit bestanden haben. Mir ist letztlich nicht ganz klar, wie der Versicherungsfall (Verursacht durch Klimawandel) von dem vorindustriellen Normalfall (Verursacht durch den Flügelschlag eines Schmetterlings auf der gegenüberliegenden Erdseite nach der reinen Zufallslehre (Chaostheorie) über instabile Systeme) getrennt werden soll? Halt, Papst Franziskus hat angeblich eine Zuordnung bestimmt, in der neuen Enzyklika. Galileo Galilei wird erfreut sein.

Man kann Finanzmärkte verteufeln – aber auch versuchen, sie für soziale Zwecke einzuspannen, steht ganz oben im Text. Ich glaube schon heute zu wissen, wer gewinnt. Mit Statistik kann man alles und nichts beweisen. Derjenige wird gewinnen, welcher .....

Herr Scheerer, einen beruflichen Rat, kümmern Sie sich bitte nicht um die mathematische Statistik,

---

Gruesse aus Zuerich schrieb am 26.07.2015

@Pjotr: Da muss es ein Missverszaendnis geben. Es geht nicht um eine Versicherung gegen Veränderungen wegen des Klimawandels. Es geht um eine recht normale Versicherung zur Deckung von Schäden aus Naturkatastrophen bzw. unerwartet extremen Wetterbedingungen.
Nur eben dass statt bei einem konkreten Schaden (bspw. Dach ist weg) hier, siehe Beispiel, bei definierten Wettermesswerten (bspw. Sturm mit 180 km/h) ausbezahlt wird.

Zweifler schrieb am 22.02.2021

Das ist zu kurz gedacht! Mit dieser Versicherung, egal wer sie bezahlt, ändert man das Klima nicht und vermeidet keine Katastrophen. Und auf der Auszahlungsseite dürfte wie bei allen übrigen Leistungen im Katastrophenfall bei den originär geschädigten Kleinbauern nur ein Bruchteil der Gelder ankommen. Gerade ein pauschaliertes Sytem, dass allgemein auf der Empfängerebene die Staaten und deren Regierungen als Betroffene sieht, wird die Kleinbauern noch stärker in Abhängigkeiten bringen. Wir werden dem Gedanken nähertreten müssen, dass es gezielter und lokaler Hilfe in

großem Umfang aus den G7 Staaten in Zukunft bedarf und auch echter Kontrollen über die Verwendung im Einzelfall!

Nikolas Scherer schrieb am 22.02.2021

@ Zweifler: Vielen Dank für Ihren Kommentar. Das ist richtig, mit der Versicherung ändert man bestimmt das Klima nicht. Hier geht es im besten Fall bereits um die Adaption an Klimaveränderungen. Ob auf der Auszahlungsseite nur ein Bruchteil der Gelder beim geschädigten Kleinbauern ankommen, wird man sehen müssen. Zumindest die ARC versucht das mit verschiedenen Kontrollmechanismen zu verhindern. Da sich der Mechanismus im ersten Jahr befindet gibt es hierzu bisher keine Studien. Auch würde ich Ihnen zustimmen, dass gezielter und lokaler Hilfe im großen Umfang bedarf. Aber das schließt ja einen Versicherungsmechanismus nicht aus. Eine Allerweltslösung ist eine Versicherung bestimmt nicht. Ob hingegen Kontrollen immer so zweckmäßig, daran habe ich meine Zweifel. Gerade weil der globalen Norden die Verwendung von sogenannten Entwicklungsgeldern oder Hilfsgeldern kontrollieren will, kommt es ja oft zu

solch absurden Situationen, dass Gelder nicht dort hinfließen können, wo sie gerade am dringesten gebraucht werden. Wenn man sich nicht den Vorwurf des Paternalismus einhandeln will und 'local ownership' tatsächlich ermöglichen will, muss man man ein bisschen Vertrauen haben - und dabei auch das Risiko eingehen, dass Gelder eben nicht dort ankommt, wo es eigentlich ankommen sollte.

Volker Seitz schrieb am 22.02.2021

@ Scherer: Zur Auszahlung der Versicherung. Auf der Empfängerseite muss sichergestellt sein, dass kompetente Institutionen existieren. Das betrifft nicht nur technische Ministerien und nachgeordnete Behörden, sondern auch nationale Kontrollinstanzen, die dafür sorgen müssen, dass Mittel vereinbarungsgemäß ausgezahlt werden. Ist das nicht der Fall, ist das in Afrika Korruptionsförderung auf direktem Wege. Das Vertrauen in die "African Ownership" sollte sich auf Länder wie Botswana, Ruanda, Mauritius, Seychellen, Kap Verde und Namibia beschränken.In diesen Ländern gibt es zupackende Regierungen, die das System wirklich reformieren wollen. Wenn man in den anderen Ländern die Leute in Afrika

zum Lachen bringen will, muss man nur von "African Ownership" sprechen.Ja, Ownership gebe es schon, aber vorrangig "private" und weniger "African". Die von mir in 17 Jahren in Afrika beobachtete praktizierte "Ownership" erinnert an den berühmten Satz von Georg Christoph Lichtenberg von einem "Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt".
Volker Seitz, Bonner-Aufruf.eu

Pjotr Lambertowitsch schrieb am 22.02.2021

Es gibt Gebiete auf dieser Welt, welche -mit oder ohne Klimawandel- schon immer anfällig für bestimmte Wetterphänomene waren und sind (z.B. Wirbelstürme, Hochwasser). Selbst in vorindustrieller Zeit dürfte eine hohe statistische Variabilität bezüglich der Häufigkeit und der Heftigkeit bestanden haben. Mir ist letztlich nicht ganz klar, wie der Versicherungsfall (Verursacht durch Klimawandel) von dem vorindustriellen Normalfall (Verursacht durch den Flügelschlag eines Schmetterlings auf der gegenüberliegenden Erdseite nach der reinen Zufallslehre (Chaostheorie) über instabile Systeme) getrennt werden soll? Halt, Papst Franziskus hat angeblich eine Zuordnung bestimmt, in der neuen

Enzyklika. Galileo Galilei wird erfreut sein.

Man kann Finanzmärkte verteufeln – aber auch versuchen, sie für soziale Zwecke einzuspannen, steht ganz oben im Text. Ich glaube schon heute zu wissen, wer gewinnt. Mit Statistik kann man alles und nichts beweisen. Derjenige wird gewinnen, welcher .....

Herr Scheerer, einen beruflichen Rat, kümmern Sie sich bitte nicht um die mathematische Statistik,

---

Gruesse aus Zuerich schrieb am 22.02.2021

@Pjotr: Da muss es ein Missverszaendnis geben. Es geht nicht um eine Versicherung gegen Veränderungen wegen des Klimawandels. Es geht um eine recht normale Versicherung zur Deckung von Schäden aus Naturkatastrophen bzw. unerwartet extremen Wetterbedingungen.
Nur eben dass statt bei einem konkreten Schaden (bspw. Dach ist weg) hier, siehe Beispiel, bei definierten Wettermesswerten (bspw. Sturm mit 180 km/h) ausbezahlt wird.